Zeitschrift: Collage : Zeitschrift für Raumentwicklung = périodique du développement territorial = periodico di sviluppo territoriale

Herausgeber: Fédération suisse des urbanistes = Fachverband Schweizer Raumplaner

Band: - (2015)

Heft: 2

Artikel: Vom Streben nach Wachstum zur Gestaltung von Schrumpfung

Autor: Weber, Gerlind

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-958092

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

THEMA

Vom Streben nach Wachstum zur Gestaltung von Schrumpfung

GERLIND WEBER
Techn. Institut für Raumplanung
und Ländliche Neuordnung Wien.

Grundschulen schliessen, den Dorfladen gibt es nicht mehr, die Ortszentren sind menschenleer, immer mehr Häusern und Gärten mangelt es an Pflege, Hilfswillige fehlen tagsüber im Katastrophenfall, knappe Kassen beschränken den Handlungsspielraum – die Zeichen des Niedergangs von strukturschwachen Landgemeinden und ganzen Regionen sind mannigfaltig – aber altbekannt. Neu an dem sich meist schon über Jahrzehnte fortpflanzenden Abstieg ist jedoch, dass ein Perspektivenwechsel dahingehend ansteht, wie man diesen schleichenden Schrumpfungsprozessen hinkünftig angemessener begegnen kann. Denn bislang hat die Regional- und Kommunalpolitik bei Räumen mit rückläufigen Entwicklungen ausschliesslich auf Strategien und Massnahmen gesetzt, die mit einem Wachstumsversprechen verbunden waren. Nun aber mehren sich die Anzeichen, dass es in den meisten Fällen sinnvoller erscheint, sich vorderhand um Lösungen zu bemühen, die auf die Rückläufigkeit eintreten, statt sich weiter erfolglos gegen diese zu stemmen.

Gründe für ein Umdenken

Jahrzehntelang war die Regionalpolitik für strukturschwache Regionen und Gemeinden vom Optimismus getragen, dass sich ihr Mangel an sozio-ökonomischer Dynamik durch eine hohe Wirtschaftsförderung, eine Verbesserung der Erreichbarkeit mittels Erweiterung und Beschleunigung des Verkehrsnetzes, einen Ausbau der technischen und sozialen Infrastruktureinrichtungen und durch eine äusserst grosszügige Bemessung des Baulandes überwinden und damit der Turn-around hin zu einem robusten Wachstum vollziehen liesse. Doch die Hoffnung auf ein stetes Mehr der Schlüsselparameter wie Arbeitsplätze und Einwohner stellte sich nicht ein. Im Gegenteil: die Zahl der Jobs und Menschen konnte nicht gehalten, geschweige denn vermehrt werden, sie blieb anhaltend rückläufig. Die Schere zwischen wirtschaftlich strukturstarken und strukturschwachen Gebieten ging und geht solcherart immer weiter auf.

Dass es in Hinkunft zu einer Korrektur im Umgang mit Schrumpfung kommen sollte, das eröffnet vor allem der Blick auf die mittelfristigen Bevölkerungsprognosen: Sie alle sagen voraus, dass die Einwohnerzahlen in dem in Rede stehenden Gebietstyp fortgesetzt (stark) rückläufig sein werden und es zudem zu markanten Verschiebungen im Bevölkerungsaufbau kommen wird. Das heisst, es fehlen sowohl in quantitativer als auch in «qualitativer» Hinsicht immer mehr die Menschen vor Ort, die diesen Umschwung überhaupt herbeiführen und durchtragen könnten. Pointiert ausgedrückt lässt sich solcher Art sagen: Die schrumpfende Bevölkerung ist heute nicht mehr die Folge der wirtschaftlichen Probleme strukturschwacher Räume (weil die Menschen keine Arbeit finden, wandern sie ab), sondern sie wird zur bestimmenden Ursache für deren anhaltende Wirtschaftsschwäche (weil bereits zu viele abgewandert sind und nun im Sozialgefüge fehlen). Damit dominiert ein ziemlich unelastisches Kriterium, nämlich die demographische Entwicklung die absehbare Zukunft von wenig dynamischen Regionen und Gemeinden, an die man sich vorderhand anpassen muss, um nicht weiter realitätsfernen Wachstumszielen hinterher zu jagen und dabei die Gestaltungsnotwendigkeiten bei Schrumpfungsprozessen aus den Augen zu verlieren.

Demographischer Wandel

Strukturschwache ländliche Gemeinden müssen sich so gut wie alle auf folgende Veränderungen bei Umfang und der altersmässigen Zusammensetzung ihrer Bevölkerung einstellen und die daraus resultierenden Entscheidungen treffen:

1. Rückläufige Bevölkerungszahl = «Schrumpfung»
2. Weniger Kinder und Jugendliche = «Unterjüngung»
3. Weniger Erwerbsfähige
4. Mehr ältere und alte Menschen = «Überalterung»

Hier soll nun im Weiteren anhand einer real-existierenden, nicht näher genannten österreichischen Beispielsregion die Dimension des prognostizierten, demographischen Wandels beziffert und kommentiert werden [1], um daraus die Handlungsnotwendigkeiten, den Handlungsspielraum und die exemplarischen Handlungsoptionen aus raumwissenschaftlicher Sicht in der hier gebotenen Kürze darzulegen.

1. Rückläufige Bevölkerungszahl

Der Blick in die Zukunft

Die Kleinregion umfasst (2012) ca. 53'000 EinwohnerInnen (Ew), hat einen Hauptort mit ca. 16'000 Ew und besteht weiters aus 15 ländlich geprägten Gemeinden, deren Bevölkerungszahlen zwischen 800 Ew und 5700 Ew streuen. Insgesamt wird für die alpin geprägte Region bis zum Prognosehorizont 2031 ein Bevölkerungsverlust von 3400 Personen erwartet. Dieser Rückgang entspricht der derzeitigen Einwohnerzahl der viertgrössten Gemeinde in der Region. Mit der Rückläufigkeit dieser Schlüsselgrösse werden alle Landgemeinden in unterschiedlicher Ausprägung (-2% bis -21%) konfrontiert sein, nur der kleinstädtische Regionshauptort kann – laut Prognose – vom Halten seines Bevölkerungsstandes innert zwei Dezennien ausgehen.

Die Tatsache, dass statistisch gesehen jede elfte Person zu Ende des Prognosehorizonts in den Kleingemeinden fehlen wird, ist auf das Zusammentreffen einer überwiegend negativen Geburtenbilanz und einer negativen Wanderungsbilanz zurückzuführen.

[1] Die Prognosedaten stammen von der Statistik Austria bzw. der Landesstatistik Kärnten.

[ABB. 1]

[ABB. 1] Tristes Symptom schrumpfender Orte: Aufgelassenes Geschäft. (Foto: zVg)

Das absehbare Schrumpfen der Gesamtbevölkerung hat starke Auswirkungen auf die Finanzgebarung der betroffenen Gemeinden. Diese lukrieren (mit einer Ausnahme!) alle über 50% (bis zu 90%) ihre Einnahmen aus dem Finanzausgleich (FAG), bei dem die Mittel aus den Massensteuern vom Bund (auch) an die Gemeinden nach deren Einwohnerzahl verteilt werden. Aus heutiger Sicht haben demnach die Landgemeinden mit einem Einnahmenentfall aus dem FAG von insgesamt 2.2 Mio. Euro über 20 Jahre verteilt allein aufgrund der zu erwartenden Bevölkerungsverluste zu rechnen.

Was tun?

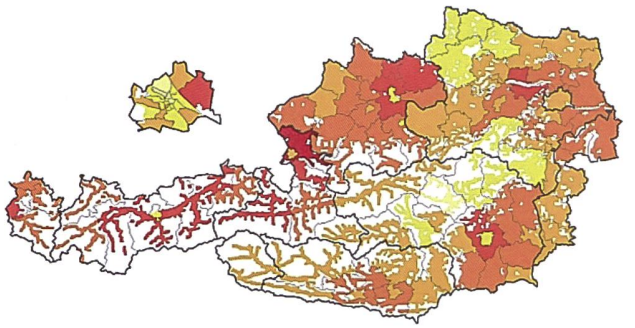
Aus fachlicher Sicht liegen die Lösungen in einer geschickten Kombination von Anpassungsstrategien an das Wenigerwerden einerseits und von Vermeidungsstrategien gegen das Wenigerwerden anderseits. Das Erstere um Geld zu sparen, das Zweitere um Handlungsfähigkeit zu signalisieren und um jede sich bietende Möglichkeit für zielführende Gegenmassnahmen gegen den Bevölkerungsschwund nicht ungenutzt vorbeiziehen zu lassen. Jedenfalls erfordern beide Handlungsansätze einen kreativen Umgang mit dem Schrumpfen der Bevölkerung. Das heisst, es genügt nicht als Konsequenz daraus, nur Schliessungen von Infrastruktureinrichtungen vorzunehmen oder Leistungen der öffentlichen Hand zu reduzieren, sondern es sollte mit jeder Strukturanpassung sich auch ein Qualitätsfortschritt verbinden, der in die Zukunft weist. Denn, kann dieser Anspruch nicht eingelöst werden, dann braut sich nämlich ein den Niedergang beschleunigender «Cocktail» aus

abnehmender Standortattraktivität für die Wirtschaft, sinkenden Erwerbsmöglichkeiten und zunehmenden Versorgungsdefiziten für die Bevölkerung zusammen, der den Bevölkerungsschwund in der Region nur noch weiter antreibt.

Um trotz der Notwendigkeit zu sparen, dennoch Strukturverbesserungen zu erzielen, bieten sich beispielsweise Gemeindekooperationen an. Das heisst, um eine wirtschaftliche und moderne Erledigung einer Aufgabe zu ermöglichen, tritt eine oder mehrere Gemeinden eine Aufgabe zugunsten einer dritten als Gemeinschaftsstandort ab. Dies geschah beispielsweise bei einem Kindergartenzentrum in der Region, das kostenschonend aber nachfragegerecht hinsichtlich Öffnungszeiten und flexiblen Betreuungsmöglichkeiten (fünf verschiedene Tarife!) wegen der gemeinsam aufgebrachten hohen Kinderzahl geführt werden kann.

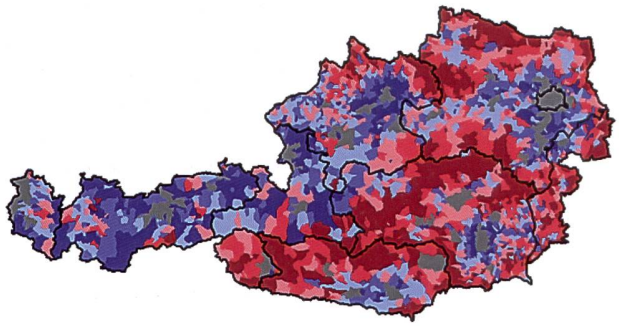
Aufgrund der zunehmend angespannten Finanzlage der Kommunen erscheint es ferner zielführend, dass die Gemeinden auch Partnerschaften mit den BürgerInnen, mit der Wirtschaft oder mit Wachstumsräumen eingehen, um durch diese finanzielle oder immaterielle Unterstützungsleistungen zu erhalten. Um nur ein Beispiel für eine public-private-partnership anzuführen: Es gibt in der Region bereits zwei Vereine, in denen öffentlich-rechtlich verankerte Sozialhilfeverbände mit Freiwilligen zusammenarbeiten und damit kostenschonend Lücken in der Daseinsvorsorge – auch im niederschwelligen Bereich (z.B. Besuchsdienste, Vorlesen, Mitfahrgelegenheiten) – abgedeckt werden können.

Erscheinen die erwartenden EinwohnerInnenverluste für sich genommen nicht als «dramatisch», so tritt das Bedenkliche an der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung der Beispielsregion erst ins Blickfeld, wenn man die mit dem Schwund an Menschen regelmässig einhergehenden Veränderungen im Altersaufbau der Bewohnerschaft einer genaueren Betrachtung unterzieht. Dies soll im Weiteren hier geschehen:



[ABB. 2] Bevölkerungsveränderung 2009/2030: 65 und mehr Jahre. Nach Prognoseregionen. (Quelle: Statistik Austria, Bevölkerungsprognose 2009, ÖROK, erstellt am 18.6.2010)

unter 20.00 | 20.01–35.00 | 35.01–50.00
50.01–65.00 | 65.01–80.00 | 80.01 und mehr



[ABB. 3] Österreichische Gemeinden nach Strukturstärke und -schwäche. (Quelle: Statistik Austria)

sehr strukturschwach | strukturschwach | leicht strukturschwach
leicht strukturstark | strukturstark | sehr strukturstark
Stadtregion

2. Weniger Kinder und Jugendliche

Der Blick in die Zukunft

Allen 16 Gemeinden der Beispielsregion wird ein markanter Rückgang an Kindern und Jugendlichen vorausgesagt. Im Regionsdurchschnitt sprechen die offiziellen Prognosen von einem zu erwartenden Schwund der 0- bis 19-Jährigen von 21% binnen zwanzig Jahren.

Die Ursachen dafür liegen einerseits mit 1.4 Kindern pro Frau in einer weit unter der Bestandshaltung liegenden Fertilitätsrate von 2.1 Kindern pro Frau und anderseits in einer hohen Abwanderungsneigung gerade junger Frauen aus ländlichen Gebieten. Diese setzen diesen Schritt überwiegend zwischen zwanzig und dreissig Jahren und nehmen dabei die nächste Generation quasi «mit». Die nicht mehr vor Ort geborenen Kinder fehlen in der Folge über den ganzen Lebenszyklus in der Region.

Was tun?

Der übliche Reflex, den sukzessiven Schwund des Nachwuchses seitens der Kommunalpolitik etwas Probates entgegenzusetzen, ist, junge Erwachsene vor dem Schritt, der Region den Rücken zu kehren, abhalten zu wollen. So hofft man in österreichischen Landgemeinden die potenziell Abwandernden mit der Bereitstellung günstiger Baugründe zu locken, um sie durch den folgenden Hausbau langfristig vor Ort zu binden. Doch diese Strategie verfehlt meistens ihr Ziel, da sich heutzutage junge Leute – in welcher Form auch immer – nicht mehr an ihre Herkunftsgemeinde «festnageln» lassen. Mehrere Lebensstationen werden zunehmend die Regel. Die Abwanderungsmotive sind neben ausbildungs- und berufsbedingten Zielen auch stark durch persönliche Überlegungen geprägt (wie Wunsch nach Selbständigkeit, Erfahrungsgewinn, attraktiver Zielort, Nachzug zum Partner/zur Partnerin) und entziehen sich so weitgehend der Beeinflussbarkeit durch Politik und Wirtschaft [2].

Das soll aber nicht heissen, dass trotz restriktiver Rahmenbedingungen nicht alle möglichen Ansatzpunkte auf kommunaler und regionaler Ebene genützt werden sollen, um für Kinder und Jugendliche und deren Eltern attraktiv zu sein.

Hier scheint es wichtig zu erkennen, dass ein hoher Teil der Anziehungskraft städtischer Räume für junge Leute aus der von ihnen tatsächlich bzw. vermeintlich gebotenen Vielfalt an Optionen resultiert, sei es bei den Bildungseinrichtungen, der Versorgung mit Konsumgütern, den Ausbildungsmöglichkeiten, dem Freizeitangebot oder den Mobilitätsformen. Die Stadt scheint der bevorzugte Lebensort der sog. Multioptionsgesellschaft zu sein. Um dem etwas entgegensetzen zu können, sollte heute auch in ländlich geprägten Räumen nach Diversität gestrebt werden, wobei es gerade in wirtschaftlich schwachen Regionen und Gemeinden weniger um ein Mehr an Ausstattung, sondern um ein besser aufeinander abgestimmtes Angebot zwischen den Kommunen geht. Hierzu einige Beispiele:

— schon im Grundschulbereich die Wahlmöglichkeit unterschiedlicher pädagogischer Konzepte an verschiedenen Standorten gewährleisten (z.B.: Englisch als Unterrichtssprache, Montessori-Pädagogik, thematische Schwerpunktbildung);

— Verbreitung des Lehrstellenangebots (In der Beispielsregion werden in namhafter Zahl nur vier Lehrberufe angeboten, obwohl es in Österreich 215 verschiedene gibt);
— Verbesserung der Passfähigkeit von Berufswünschen, Ausbildungsangebot und Berufsmöglichkeiten in der Region;
— «Verjüngung» des Nahversorgungsbegriffs (wie Pizzaservice, Tanzlokal, Jugendtreff, schnelles Internet, Coffee to go);
— Sicherstellung der Mobilität (Haus-zu-Haus-Fahrten auf ehrenamtlicher Basis, Mitfahrzentralen, sichere Rad- und Fusswege)

3. Weniger Erwerbsfähige

Der Blick in die Zukunft

Die Prognosen gehen in der Beispielsregion von der Rückläufigkeit der 20- bis 64-Jährigen bis 2031 aus. Die Erwerbsfähigen werden binnen zwanzig Jahren im Vergleich zum Basisjahr 2012 in der Region um -18% schrumpfen. Diese Vorausschau gründet auf folgenden Entwicklungen: die Arbeitsbevölkerung ist stark überaltert, weil die sehr geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre etwa ab 2020 in den Ruhestand treten werden und immer geburtenschwächere Jahrgänge nachrücken. Aber auch die anhaltend hohe Abwanderungsneigung gerade der jungen, gut Ausgebildeten findet im Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung ihren Niederschlag.

Das Bedenkliche an diesem absehbaren weniger Werden der im Berufsleben Stehenden ist, dass zugleich die Zahl der finanziell Abhängigen in der Region sukzessiv steigt. Dies ist auf die Umstände zurückzuführen, dass die Zahl der SeniorInnen im Vergleich zum Rückgang an Kindern und Jugendlichen überproportional wächst und dass immer mehr junge Erwachsene länger in Ausbildung stehen. Die Region droht immer mehr zu verarmen, weil eben die Belastungsquote der Erwerbstätigen steigt und zugleich die Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich und sonstige kommunale Einnahmen schrumpfen.

Was tun?

Es sind vor allem drei Stellschrauben, an denen gedreht werden muss:
— die regionale Wertschöpfung erhöhen
— die Zahl der Erwerbstätigen heben
— die Ausgaben senken.

Dies heisst im Einzelnen: Um sich erfolgreich gegen den prognostizierten Rückgang an Erwerbsfähigen stellen zu können, bedarf es einer entscheidenden Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaft. Dies setzt die Kenntnis ihrer hervorstechendsten Strukturschwächen voraus: Diese sind:
— mangelndes Volumen und mangelnde Diversität des Arbeitsmarktes
— mangelnde Passfähigkeit von Qualifikationen und Arbeitsmöglichkeiten.

Insgesamt beruht die Wirtschaft der Beispielsregion nur auf fünf Branchen, die in namhafter Weise Erwerbsmöglichkeiten bieten (Handel, Herstellung von Waren, Baugewerbe, Beherbergungswesen/Gastronomie, Land- und Forstwirtschaft). Diese Beschäftigungsfelder gilt es so zu modernisieren, dass sie ökonomische Zukunftstrends verstärkt aufnehmen, sich diversifizieren und sich immer mehr als Teil einer wissensbasierten Ökonomie verstehen, in der auch Hochqualifizierte Arbeitsmöglichkeiten finden oder sich schaffen können (z.B.: Landwirtschaft? Energiedienstleister, Biotechnik, Pharmazeutik, Wohnen mit Service).

Die Zahl der Erwerbstätigen heben heisst, sich pro-aktiv um Rückwanderung und Anwerbung von Zuwanderern zu bemühen. Vor dem Hintergrund, dass der Wettbewerb um die «besten Köpfe» sich (weiter) verschärfen wird, gilt es diese Aufgabe zu professionalisieren. Für den Brain-Gain empfiehlt sich etwa die Etablierung eines/r Demographiebeauftragten. Neben der laufenden Pflege einer ausgeprägten Willkommenskultur für frisch Zugezogene, ist etwa auch das Zusammenstellen von massgeschneiderten Packages, wie z.B. das Bereitstellen einer günstigen Startwohnung, passende Arbeitsräume, Gewährleistung der Kinderbetreuung und erste Kundenkontakte Aufgabe dieses «Kümmerers».

Wie oben schon genannt, sind ergänzend dazu auch die Anstrengungen darauf zu verwenden, dass das Aufgehen der Kostenschere zwischen immer weniger «Zahlern» und gleichbleibenden bzw. ansteigenden Zahlungsverpflichtungen des Gemeinwesens vermieden wird. Um Finanzmittel sozialverträglich einzusparen, bedarf es vor allem eines Paradigmenwechsels in der Siedlungspolitik. Diesbezüglich sollte ein regionsweiter Konsens herbeigeführt werden, dass die Erschliessung mit Strassen und Leitungen aller Art nicht weiter hinausgetrieben werden darf, dass die Althaussanierung im Siedlungsverband Priorität vor dem Neubau an der Siedlungsperipherie hat und dass Regeln für den etwaigen Rückbau von Siedlungsteilen erstellt werden müssen.

4. Mehr ältere und alte Menschen

Der Blick in die Zukunft

Alle Gemeinden der Beispielsregion werden mit einem sehr starken Ansteigen der Personengruppe der Überfünfundsechzigjährigen konfrontiert sein. Im Regionsschnitt erwarten die statistischen Prognosen binnen 20 Jahren einen Zuwachs der Kohorte der 65+ um 35%. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die sog. «Babyboomgeneration» der 1960er-Jahre ins Pensionsalter kommt und die durchschnittliche Lebenserwartung kontinuierlich steigt – in unseren Breiten um drei Monate pro Jahr.

Solange die SeniorInnen noch rüstig sind, können sie aus Sicht der Kommunal- und Regionalentwicklung als Potenzial gesehen werden, das das Ihre zur Bewältigung des gesellschaftlichen Wandels beizutragen vermag. Besondere Aufmerksamkeit bedarf aber auch der Umstand, dass damit zu rechnen sein wird, dass der Anteil der Hochbetagten, also jener Personengruppe, die mehrheitlich aufgrund körperlicher und/oder geistiger Einschränkungen auf fremde Hilfe in ihrer Alltagsbewältigung angewiesen ist, überproportional stark ansteigen wird. So zeigt die Erfahrung, dass etwa zwei Drittel der Überneunzigjährigen pflegebedürftig sind.

Was tun?

Der erfreuliche Umstand, dass immer mehr Menschen fit das Ruhestandsalter erreichen, kann dazu genützt werden, diese wachsende Zahl an rüstigen aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen für ehrenamtliches Engagement überall dort in den Kommunen bzw. der Region einzusetzen, wo «der Schuh drückt.» Beispiele dafür sind etwa im herkömmlichen Vereinswesen, aber auch bei informellen Formen wie in der niederschwelligen Kinder-, Jugend-, Familien- und Altenbetreuung, im Leerstandsmanagement, d.h. beim Bemühen eine Nachnutzung von brachgefallenen Gebäuden zu

[2] vgl. dazu G. Weber und T. Fischer: Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen. Unveröffentlichte Studie im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung. 2010

[ABB. 4]

[ABB. 4] Alt- und Neubau nebeneinander, Zeichen des Strukturwandels. (Foto: zVg)

erwirken, in der Kulturlandschaftspflege oder als «Kümmerer» um Zugezogene. Wichtig erscheint nur, dass diese Freiwilligenarbeit auf eine stark ausgeprägte Anerkennungskultur seitens des Gemeinwesens trifft.

Die Zunahme von Pensionistenhaushalten rückt auch die Gewährleistung der Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen ins Blickfeld. Beispielsweise können neben den üblichen stationären Versorgungseinrichtungen, auch Koppelungslösungen vermehrt eingesetzt werden (in der Beispielsregion gibt es bereits etwa eine Apotheke in Verbindung mit einer Backstube), die Organisation von Haus-zu-Haus-Fahrten oder flächendeckenden mobilen Bedienungsformen (Hauszustellung, mobile Verkaufsläden, das «rollende Rathaus» etc.) sind ebenfalls Optionen, um eine Grundversorgung unter Schrumpfungsbedingungen aufrecht zu erhalten.

Bei den nicht mehr rüstigen SeniorInnen gibt es vor allem auf zwei Herausforderungen angemessene Antworten zu geben:

— Wie dem Aufgehen der Schere zwischen steigender Unterstützungsbedürftigkeit einerseits und immer geringerer Neigung oder Möglichkeit, diese innerhalb der Familie zu erbringen, entgegengewirkt werden kann und

— wie der immer grösseren Heterogenität der Vorstellungen der Hochbetagten (und ihrer Familienangehörigen) unter eingeschränkten Finanzierungsspielräumen der öffentlichen Hand und vieler privater Haushalte dennoch bestmöglich entsprochen werden kann.

Auch am Land ziehen die alten Menschen ein so lange wie möglich selbstbestimmtes Leben in den «eigenen vier Wänden» einem Umzug in ein Seniorenheim vor. Diesem Wunsch kommen etwa teilstationäre Betreuungseinrichtungen oder eine «Zehn-Stunden-Hilfe» entgegen. Hier wird die Betreuung zwischen den Angehörigen und dem professionellen Betreuungspersonal aufgeteilt und kostenschonend abgewickelt.

Unter Umständen können auch im ländlichen Raum neue Wohnformen Eingang finden, die in städtisch geprägten sich bereits etabliert haben, wie Wohnen mit Service, nicht-familiales Mehrgenerationenwohnen oder SeniorInnen WGs.

Schluss

Beispielhaft sollte hier demonstriert werden, dass durch einen sog. «Demographie-Check» für ein bestimmtes Gebiet die Handlungsnotwendigkeiten, -korridore und -möglichkeiten aufgezeigt werden, die sich bieten, obwohl die Schlüsselgrössen «Bevölkerung» und «Arbeitsplätze» in der Region und den einzelnen Gemeinden anhaltend rückläufig sein werden. Dem Grundsatz, wie man auf dieses Schrumpfen gestaltend reagieren sollte, bringt Wolfgang Kil auf den Punkt, wenn er sagt: «Das Wenigerwerden darf nicht auf das Wegnehmen reduziert werden. Vielmehr geht es darum, das Andere zu entdecken, das in dem Wenigerwerden steckt!»

ZUR AUTORIN

O. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerlind Weber studierte Soziologie, Raumplanung und Rechtswissenschaften in Wien. Sie startete ihre wissenschaftliche Laufbahn 1976 an der Technischen Universität Wien. Im Jahr 1991 wurde sie als Universitätsprofessorin für Raumforschung und Raumplanung an die Universität für Bodenkultur Wien berufen. Bis zu ihrer Pensionierung 2012 leitete sie an der BOKU das Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung. Bis heute kann sie auf über 300 wissenschaftliche Publikationen, ca. 500 Vorträge sowie ein breites Spektrum an raumwissenschaftlichen Studien verweisen. Sie lehrte an zahlreichen Universitäten und übte Gastprofessuren an der ETH Zürich und der Kyoto University aus. Professor Weber ist Mitglied in diversen Beiräten, Think Tanks, Fachjurien und Berufsverbänden. Sie lehrt in der Weiterbildung und postgradualen Ausbildung. Aktuell setzt sie als Konsulentin ihr wissenschaftliches Engagement fort.

RÉSUMÉ

Renoncer à la croissance pour façonner la décroissance

Durant des décennies, la politique autrichienne en faveur des régions et communes défavorisées était sous-tendue par l'espoir que leur manque de dynamisme socio-économique puisse être pallié par une promotion économique volontariste, un étoffement des réseaux de transport, un renforcement des infrastructures et équipements techniques et sociaux, ainsi qu'un dimensionnement généreux des zones à bâtir – avec pour objectif ultime de renouer avec une croissance durable.

Or, non seulement les chiffres-clés – nombre d'emplois et nombre d'habitants en tête – n'ont pas connu l'augmentation escomptée, mais ils n'ont cessé de reculer dans les régions alpines périphériques. De fait, l'écart entre régions prospères et régions en déprise se creuse toujours davantage.

Dans ce contexte, il apparaît plus judicieux de chercher à gérer la décroissance que de s'obstiner en vain à lutter contre. Des pistes concrètes sont actuellement explorées en lien avec quatre facteurs démographiques clés: la diminution de la population en général, la baisse du nombre d'enfants et d'adolescents, la diminution du nombre d'actifs et l'augmentation du nombre de personnes âgées.

L'étude autrichienne présentée ici révèle de nombreuses similitudes avec la situation qui prévaut en Suisse. S'interrogeant sur la manière dont les milieux scientifiques et politiques devraient appréhender la décroissance, les auteurs concluent en soulignant que le fait de diminuer en nombre ne condamne pas au renoncement, et qu'il s'agit bien plutôt de découvrir les alternatives dont une telle évolution peut être porteuse.